



Niederschrift

58. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.03.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold DIE LINKE
Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE
Herr Ralf Jäkel DIE LINKE
Herr Claus Wartenberg SPD
Herr Klaus Rietz ANW

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning DIE LINKE
Herr Manfred Kleinert Aktionsbündnis N/W
Herr Andreas König Behindertenbeirat
Herr Dr. Wilfried Naumann Potsdamer
Demokraten
Herr Wolfgang Schwarze DIE LINKE
Herr Wolfgang Schütt CDU
Herr Rolf Sterzel Einzelbewerber
Herr Andreas Walter Bündnis 90/Die
Grünen
Frau Carola Walter BürgerBündnis
Herr Holger Wolinski SPD

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp Beigeordneter
Geschäftsbereich 4

Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die
Grünen

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Elke Lentz	SPD	nicht entschuldigt
Frau Franziska Hammerschmidt	Familienpartei	nicht entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	Aktionsbündnis N/W	entschuldigt
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.02.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg
Vorlage: 13/SVV/0533
Fraktion SPD
B./Sp. (ff)
 - 3.2 Rauchverbot an Haltestellen
Vorlage: 13/SVV/0620
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Konzept Veranstaltungen Volkspark
Vorlage: 13/SVV/0631
Fraktion SPD
 - 3.4 Bewohnerparkbereich Am Stinthorn, Neu Fahrland
Vorlage: 14/SVV/0021
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
OBR Neu Fahrland
 - 3.5 Pflegezustand Entwässerungssysteme im ländlichen Raum
Vorlage: 14/SVV/0034

- Fraktion SPD
betroffene OBR
- 3.6 Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten
Vorlage: 14/SVV/0035
Fraktion SPD
FA
- 3.7 Bebauungsplan Nr. 129 / Maßnahmen zur Kompensation des externen
naturschutzrechtlichen Ausgleichsbedarfs
Vorlage: 14/SVV/0037
Fraktion SPD
SB, OBR Golm
- 3.8 LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0139
Fraktion SPD
OBR, HA
- 3.9 Konzept zur baulichen Entwicklung und Nutzung der Brauhausbergkuppe
(Standort Alter Landtag)
Vorlage: 14/SVV/0148
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB
- 3.10 Bebauungsplan Nr. 36-2 "Leipziger Straße / Brauhausberg", Beschluss zur
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 14/SVV/0181
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 3.11 Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 14/SVV/0158
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
HA
- 3.12 Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam
1. Stufe Zwischenbericht
Vorlage: 14/SVV/0084
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB
- 3.13 Kein Genmais in Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0176
CDU/ANW Fraktion
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information zur Feuerwehrstatistik 2013
FB Feuerwehr
- 4.2 Information - Arbeitsstand Novellierung der Baumschutzverordnung
FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 11 Ausschussmitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 13.02.2014 gibt es keine Hinweise;
die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung teilt der Ausschussvorsitzende mit:

Herr Heuer schlägt vor, den Antrag der Fraktion SPD TOP 3.6 14/SVV/0035
Überarbeitung der Straßenausbaubeitragssatzung zu vertagen.

Herr Heuer schlägt vor, die Mitteilungsvorlage TOP 3.11 14/SVV/0158 Änderung
der Fernwärmesatzung zu vertagen.

Herr Heuer beantragt, den TOP 4.2 13/SVV/0351 Information – Arbeitsstand
Novellierung der Baumschutzverordnung - trotz Nichtanwesenheit von Herrn
Menzel auf Grund der bereits erfolgten Information an die Medien und der
dadurch entstandenen Öffentlichkeitslage zu belassen.

Herr Heuer beantragt, den TOP 6 Nichtöffentlicher Teil - Information zur
Abberufung eines Naturschutz Helfers auf Grund der Abwesenheit von Herrn
Menzel zu vertagen.

Anträge auf Rederecht wurden gestellt:
Zum TOP 13/SVV/0631
Interessenvertretung Bornstedter Feld – Hr. Prof. Melzer
Pro Potsdam – Herr Müller-Zinsius

Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig 7/0/0 bestätigt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg Vorlage: 13/SVV/0533 Fraktion SPD B./Sp. (ff)**

Herr Werner erläuterte anhand einer Präsentation die Prüfungsergebnisse der am 29. November 2013 vor Ort festgestellten Problemlagen und Vorschläge (siehe Anlage zum Protokoll).

Im Ergebnis teilt Herr Heuer mit, dass die Reaktion der Schule abzuwarten ist. Der Antrag wird auf Vorschlag von Herrn Heuer bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

zu 3.2 Rauchverbot an Haltestellen

Vorlage: 13/SVV/0620

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel teilt mit, dass er Antrag als erledigt ansieht, wenn die Markierung realisiert ist.

Zur Zeit liegt dem Ausschuss keine Information über den Erfüllungsstand vor.

Herr Schütt weist darauf hin, dass dieses Thema am 19.12.2014 und 21.01.2014 im KOUL-Ausschuss behandelt wurde und die VIP zugestimmt hat, das Rauchverbot in Haltestellen ab März 2014 zu kennzeichnen. Da der Monat noch nicht abgelaufen ist, sollte dies in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Der Antrag wird auf Vorschlag von Herrn Heuer bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

zu 3.3 Konzept Veranstaltungen Volkspark

Vorlage: 13/SVV/0631

Fraktion SPD

Herr Prof. Melzer (Interessenvertretung Bornstedter Feld) erläutert anhand seiner Präsentation das Zukunftskonzept Veranstaltungen im Volkspark Potsdam als Position der Interessenvertretung Bornstedter Feld (s. Anlage Protokoll).

Er bittet um das Aufrechterhalten des Antrages mit entsprechender Interessenabwägung der Wirtschaftlichkeit und der Interessen der Anwohner. Er bietet an, dabei aktiv mitzuwirken, insbesondere bei der Kommunikation mit den Bürgern.

Herr Müller-Zinsius begrüßt grundsätzlich dieses Konzept und teilt mit, dass lediglich 2 – 3 Großveranstaltungen im Jahr stattfinden. Dieses Konzept gibt es seit 10 Jahren und sollte aus seiner Sicht überarbeitet werden, wenn das Bornstedter Feld abschließend bebaut ist.

Herr Müller-Zinsius betont, dass er der Bewertung der vorliegenden Befragung widerspricht. Diese ist nicht repräsentativ und bildet keine ausreichende Grundlage für eine objektive Diskussion.

Er weist darauf hin, dass die Veranstaltungen und das Programm im BUGA-Park auf der Grundlage von Beschlüssen der Stadt stattfinden und es keine Zunahme von Veranstaltungen gibt. Ein 40 %-iger Eigenfinanzierungsanteil auch auf Grund der durchgeführten Veranstaltungen ist ein sehr gutes Ergebnis für einen öffentlichen Park.

Herr Müller-Zinsius kritisiert, dass der Antrag zu allgemein gefasst ist und schlägt vor, den BUGA-Nachnutzungsbeirat abzuschaffen oder zu intensivieren.

Herr Rietz bringt in Erinnerung, dass es seit Herbst 2013 die AG Parkmanagement (ETBF) und Interessenvertretung Bornstedter Feld gibt und ein Konzept existiert und dieses sollte erst einmal abgearbeitet werden. Die Auswertung der geplanten Maßnahmen, um Lärmimissionen zu senken, sollte im Herbst 2014 erfolgen und im Anschluss sollte dann in der AG und dem BUGA-Nachnutzungsbeirat über mögliche Veränderungen unter Betrachtung der Wirtschaftlichkeit geredet werden.

Frau Hüneke bekräftigt das von Herrn Rietz Gesagte, dass eine Verdichtung und Belegung des Bornstedter Feldes mit hoher Nutzungsqualität politisch gewollt ist und ein intensiver Austausch der Akteure stattfinden sollte.

Herr Jäkel hat Verständnis für eine Vielzahl der Veranstaltungen. Er schlägt vor, in der AG zu filtern, welche Veranstaltungen nicht erwünscht sind. Zum Beispiel verwundert ihn, dass 4-5 Tage/Jahr in der Befragung als extrem belastend dargestellt wurden und die Lampionparty belastender als die Feuerwerkssinfonie gewesen sein soll.

Herr Heuer schlägt vor, einen konkreten Organisationsauftrag für die AG und den Beirat zu definieren und ggf. eine Zusammenführung der Vorschläge herbeizuführen. Weiterhin ist das Konzept von der Pro Potsdam zu überarbeiten. Er wird einen mit den Beteiligten abgestimmten geänderten Antragstext vorlegen. Der Antrag wird auf Vorschlag von Herrn Heuer so lange zurückgestellt.

zu 3.4 Bewohnerparkbereich Am Stinthorn, Neu Fahrland

Vorlage: 14/SVV/0021

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
OBR Neu Fahrland

Dem beantragten Rederecht für die Ortsvorsteherin Frau Klockow und einer Betroffenen wird einstimmig zugestimmt.

Frau Klockow bittet ausdrücklich um Zustimmung für diesen Antrag, da durch die Erweiterung der Heinrich-Heine-Klinik ein enormer Parkplatzmangel im Ort herrscht.

Eine betroffene Anwohnerin betont, dass heute ein besonders wichtiger Tag für die Anwohner Neu-Fahrlands ist um die Lebensqualität wieder zu erhöhen. Sie macht aufmerksam, dass in den Jahren 2011-2012 die Klinik um 125 Betten erweitert wurde, ohne Parkraum auf dem Klinikgelände zu schaffen. Es wird das Wohngebiet als öffentlicher Parkplatz genutzt. Übergreifende Lösungen konnten in der Stadtverwaltung nicht erreicht werden, so dass im Jahr 2013 eine Petition an den Oberbürgermeister übergeben wurde.

Herr Drews führt seitens der Stadtverwaltung aus, dass eine Parkraumuntersuchung im Wohngebiet Am Stinthorn stattgefunden hat. Es wurde ein hoher Fremdarkeranteil, Überauslastung der Einbahnstraße, Parken im

Halteverbot und mangelnder Parkraum für die Anwohner konstatiert. Es ist ein Antrag auf die Einrichtung von Anwohnerparkzonen und für Kurzzeitparkflächen für Besucher eingereicht.

Herr Jäkel äußert sich zustimmend, wenn in der Novellierung der Parkraumordnung derartige Situationen (Ausweitung von Einrichtungen) Berücksichtigung finden.

Herr Rietz stimmt zu und vertritt die Auffassung, dass mit der Klinik als Verursacher für die unbefriedigende Situation und Verantwortungsträger, gesprochen werden muss.

Frau Hüneke unterstützt den Antrag und weist darauf hin, dass der ÖPNV auf der Strecke (ggf. Alternativen) zu prüfen ist und widerspricht der Äußerung von Herrn Heuer, dass die Verbindung nach Fertigstellung der Fr.-Ebert-Straße ausreichend mit ÖPNV angebunden ist (speziell am Wochenende).

Frau Klockow gibt zur Kenntnis, dass sie bereits mit der Geschäftsleitung der Klinik gesprochen habe und im Ergebnis ein Shuttle-Bus eingerichtet wurde und auch eine entsprechende Aufklärung der Patienten und Besucher erfolgt. Trotzdem ist Sonntags nur 1x pro Stunde ein Bus zu wenig.

Herr Kleinert spricht sich für eine zu verbessernde Art und Weise des Miteinander aus, fordert dass es keine Gewerbeerweiterungen mehr gibt ohne Parkraum zu schaffen und wirbt für ein konstruktiveres Lösen von Problemen zwischen Verwaltung und Bürgern.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In der Straße Am Stinthorn, Ortsteil Neu Fahrland wird im Abschnitt der Einbahnstraßenregelung ein Bewohnerparkbereich eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.5 Pflegezustand Entwässerungssysteme im ländlichen Raum

Vorlage: 14/SVV/0034

Fraktion SPD

betroffene OBR

Herr Beck berichtet, dass der Bericht im August 2014 vorgelegt wird.

Herr Jäkel stimmt dem Antrag zu und befürwortet den Bericht.

Herr Rietz bittet um eine Ergänzung in Bezug auf die Regenwassergräben, da die Einläufe in den Gräben oft verdreckt sind.

Herr Heuer merkt an, dass es sich dann um eine andere Aufgabenstellung handelt.

Herr Beck bietet an, dies in zwei gesonderten Aufträgen zu leisten. Dazu bittet er um einen separaten Auftrag für die Regenwassergräben.

Herr Sterzel weist darauf hin, dass einige Gräben einseitig vom Baumbewuchs gerodet wurden.

Herr Heuer stellt klar, dass diese Anregung in die Stadtverwaltung mitgenommen wird.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die SVV möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über den Pflegezustand der Gewässer 2. Ordnung vorzulegen.

Der Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung im August 2014 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.6 Straßenausbaubeitragssatzung überarbeiten

Vorlage: 14/SVV/0035

Fraktion SPD

FA

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.7 Bebauungsplan Nr. 129 / Maßnahmen zur Kompensation des externen naturschutzrechtlichen Ausgleichsbedarfs

Vorlage: 14/SVV/0037

Fraktion SPD

SB, OBR Golm

Herr Kneiding stellt anhand einer Präsentation die Maßnahmen dar. Er weist darauf hin, dass der Prüfauftrag recht spät kommt und Änderungen Auswirkungen auf den Zeitplan haben.

Er berichtet, dass zur Zeit die Prüfung von zur Verfügung stehenden des Kompensationsflächen für 2 Bereiche erfolgt:

1. Spülfeld Deponie Golm
2. Kulturlandplan Wublitzrinne/Golmer Luch für den Landwirtschaftsbetrieb U. Zinnow

Herr Kneiding erläutert, dass im Bereich Spülfeld keine komplexe Ausgleichsmaßnahme möglich ist. Flächen stehen zur Verfügung aber die Kosten für die städtebaulichen Verträge sind hoch auf Grund notwendiger Artenschutzmaßnahmen. Im Bereich Kulturlandplan soll der Landwirtschaftsbetrieb aktiviert und betrieben werden. Das passiert nicht kurzfristig, da noch keine Verhandlungen mit dem Eigentümer erfolgten. Hier befindet sich das Vorhaben noch in der Vorbereitungsphase.

Herr Kneiding informiert, dass das Ausgleichskonzept für den B-Plan zur Zeit einen ortsnahen Ausgleich (Rahmengrün – privat und öffentlich) vorsieht. Es existiert der Flächenpool Mittlere Havel, in dem die Flächen und auch die Kosten klar sind.

Er richtet das klare Votum an die Stadtverordneten, nicht mehr in das laufende Verfahren einzugreifen.

Herr Rietz fragt nach, inwieweit eine weitere Bebauung in Golm geplant ist und wie ein ortsnaher Ausgleich erfolgt.

Herr Kneiding informiert, dass eine Ausgleichsmaßnahme in der Praxis auch über Gebietsgrenzen hinaus realisiert wird, aber im selben Naturraum stattfinden sollten. Es stehen Pappelflächen im Golmer Luch als Ausgleichsmaßnahme zur Verfügung. Einzelmaßnahmen sind hier nicht sinnvoll. Im Rahmen des FNP werden innerhalb der Stadt Flächenpools aufgebaut.

Herr Kneiding weist hin, dass für den derzeitigen B-Plan-Entwurf die Situation so ist sonst muss eine neue Auslegung erfolgen.

Ein Votum des OBR Golm wird eingebracht auf Änderung von „angrenzendes Stadtgebiet“ in „Naturraum“. Herr Heuer ist einverstanden.

Herr Gunold stimmt nicht zu. Er möchte den Fachleuten die Entscheidung überlassen.

Frau Holtkamp stellt klar, dass die Auslegung des B-Planes abgeschlossen ist, die Satzung noch 2014 kommt und der Antrag dem derzeitigen B-Plan widerspricht.

Herr Kleinert erkennt das Bemühen der Verwaltung und möchte das Thema in

einem ½ Jahr noch einmal aufwerfen, um Klarheit zu erlangen, was vom Antragsteller gewollt wird.

Herr Jäkel bekräftigt, dass er der Formulierung von Frau Holtkamp und dem SB-Ausschuss folgen kann. Er spricht sich für das Ermöglichen von Landwirtschaftsflächen als Ausgleichsmaßnahme sowie von Einzelmaßnahmen anstatt der von Herrn Kneiding priorisierten Komplexmaßnahmen aus.

Frau Hüneke stellt fest, dass die Gemeinde Golm Ausgleichspotentiale hat und bittet um Vertagung, um eine bessere Formulierung des Antrages einzubringen.

Der Antrag wird auf Vorschlag von Frau Hüneke zurückgestellt.

zu 3.8 LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam

Vorlage: 14/SVV/0139

Fraktion SPD

OBR, HA

Herr Wolfram berichtet, dass der 1. Teil des Antrages, in dem es um die Prüfung, ob eine Bewerbung sinnvoll ist, realisiert wird. Der 2. Teil des Antrages geht davon aus, dass die Prüfung bereits positiv ist. Deshalb macht es aus seiner Sicht nur Sinn, die Prüfung abzuwarten, bevor der 2. Teil beantwortbar ist. Das Ergebnis der Prüfung sollte abgewartet und diesem nicht vorgegriffen werden.

Herr Wolfram gibt zu Bedenken, dass eine Bewerbung nicht kostenlos ist, (ca. 80.000 – 100.000 € plus 1 Personalstelle), das sind ca. 100.000 – 200.000 € bis zur Bewerbung. Die Prüfung einer Bewerbung ist sinnvoll und bis November 2014 zum 1. Teil machbar. Der 2. Teil des Antrages ist schwierig mit zu beschließen.

Herr Wartenberg teilt die gleiche Auffassung. Er informiert, dass der OBR Fahrland und Grube zugestimmt haben.

Herr Sterzel übergibt den Beschluss des OBR Golm:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Mitteilungsvorlage „Masterplan ländlicher Raum“ benannten Einzelkonzepte im Zuge der Erarbeitung der LAGA-Bewerbung zu berücksichtigen.

Herr Beck bestätigt, dass das Prüfergebnis im November 2014 möglich ist und weiteres noch nicht sinnvoll ist.

Frau Hüneke bemerkt, dass der Überblick fehlt und es wichtig ist, den Antrag methodisch abzuarbeiten und den 2. Schritt erst danach zu tun. Finanzielle Ausgaben sollten nicht abschrecken.

Herr Gunold plädiert dafür, den Prüfauftrag so zu belassen.

Herr Rietz stimmt dem Antrag in Stufen zu. Es ist die Nachhaltigkeit mit zu prüfen.

Herr Kleinert stellt fest, dass ihm das reine „Prüfen“ zu wenig ist. Es sollte Initiative ergriffen werden und in Potsdam wohnende verantwortliche BUGA-Organisatoren miteinbezogen werden. Es geht nicht um Details, sondern um das Bekenntnis der Stadt. Kramnitz ist nicht für eine LAGA im ländlichen Raum geeignet, aber der Potsdamer Nordraum hat Potential in Verbindung mit Paretz und der Sanierung von Kirchen. Es sollte ein Antrag für die LAGA und eine Konzeption ländlicher Raum beim Land eingereicht werden.

Herr Beck warnt vor Eile. Es gibt einen Stichtag für die Bewerbung und ausschlaggebend ist die Qualität. Zurzeit laufen starke Aktivitäten für den ländlichen Raum (LEADER), man könnte darüber in einer KOUL-Sitzung berichten.

Herr Schütt schließt sich der Meinung von Herrn Beck an und plädiert für den 1. Schritt der Prüfung der Teilnahme und danach sollte es einen Beschluss der Stadtverordneten geben.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der von ihm in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zugesagten Prüfung einer Landesgartenschau im ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam zum Beispiel folgende Standorte zu untersuchen:
 - a) Ortsteil Marquardt unter Einbeziehung des Gutsparks Marquardt
 - b) Ortsteil Fahrland, Gelände oder Umfeld der Kaserne Kramnitz (als Begleitung der Entwicklungsmaßnahme, vgl. BUGA 2001).

Ziel einer Landesgartenschau in Potsdam soll die Förderung und Entwicklung des gesamten nördlichen ländlichen Raums im Einklang mit den Entwicklungszielen der Landeshauptstadt sein.
2. Mit den konzeptionellen Prüfungen soll ein Verkehrskonzept für die Landesgartenschau entwickelt werden, welches auch den Bahnhof Marquardt als Verkehrsknoten berücksichtigt.
3. Zur Prüfung und konzeptionellen Erarbeitung empfiehlt die Stadtverordnetenversammlung dem Oberbürgermeister die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Einbeziehung früherer Mitarbeiter, die mit der erfolgreichen BUGA 2001 betraut waren.
4. In die Erarbeitung sollen von Beginn an die Ortsbeiräte und die Vertreter der örtlichen Garten- und Landschafts-, Obst- und Bauernverbände einbezogen werden.

5. Der Oberbürgermeister berichtet der Stadtverordnetenversammlung im November 2014 und unterbreitet einen Entscheidungsvorschlag zum weiteren Vorgehen.
6. In die Prüfung einzubeziehen ist die Möglichkeit der externen Förderung der Erarbeitung der für die Teilnahme am Auswahlwettbewerb erforderlichen Unterlagen z.B. als Leader-Projekt unter Bildung einer Lokalen Aktionsgruppe (LAG) oder der Kooperation mit einer bestehenden LAG bzw. einer anderen Förderkulisse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 3.9 Konzept zur baulichen Entwicklung und Nutzung der Brauhausbergkuppe (Standort Alter Landtag)

Vorlage: 14/SVV/0148

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB

Frau Holtkamp erläutert das Konzept zur baulichen Nutzung der Brauhausbergkuppe. Hier gibt es verschiedene Konzepte, die Vorzugsvariante ist rot gekennzeichnet. Die Entwicklung des Geoforschungszentrums könnte nach § 34 ohne B-Plan-Verfahren realisiert werden. Sie weist darauf hin, falls es eine Abweichung vom Beschluss gibt, dass es dann einen B-Plan erfordert.

Für den ehemaligen Landtag gibt es eine Ausschreibung für Wohnnutzung, Gastronomie ect., in der auch das städtebauliche Verfahren, der Realisierungswettbewerb und die Erschließung Gegenstand ist.

Herr Heuer merkt an, dass dies bereits im Bauausschuss beschlossen wurde.

Herr Jäkel bittet um Information im KOUL-Ausschuss über Lärm- und andere Umweltauswirkungen durch das Vorhaben.

Er beantragt eine Änderung: Planziele Anlage 1 im 3. Anstrich:

Mit Blick auf die stadtbildwirksame Lage der Bestandsgebäude ist ein Anbau von Balkonen auf den der Stadt zugewandten Gebäudeseiten (Nordseite, Westgiebel) ästhetisch ansprechend zu gestalten („auszuschließen“ streichen).

Frau Holtkamp weist darauf hin, dass die angesprochen Planziele Anlage 1 in Bezug auf die Balkone zur Stadt fundiert mit der Denkmalpflege abgestimmt wurden.

Herr Beck äußert, dass die Balkonnutzungen weit hin sichtbar sind und durch B-Plan-Festsetzungen die Möglichkeit ausgeschlossen werden sollte.

Frau Hüneke weist darauf hin, dass die Balkondiskussion nicht hier her gehört. In den städtebauliche Wettbewerb wurde die Stadtverordnetenversammlung miteinbezogen.

Herr Jäkel zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Herr Henning gibt zu Bedenken, dass das GFZ zusätzlich 2 kleinteilige Gebäude plant und dass mit dem Auszug des MUGV Aussicht auf Platz besteht. Somit wäre der bedarf des GFZ für 20 Jahre gedeckt.

Herr König sieht einen Konflikt zwischen den An- und Abfahrtsituationen der Schule und des GFZ.

Frau Holtkamp sichert zu, dass sie dieses Problem berücksichtigen wird.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die zukünftige Nutzung des Grundstücks Brauhausbergkuppe in Potsdam (Standort Alter Landtag, Am Havelblick 8) entsprechend Variante 3 der anliegenden Studie werden die Planungsziele gemäß Anlage 1 vorgegeben.
2. Soweit gewährleistet bleibt, dass die Planungsziele dieses Konzeptes umgesetzt werden, soll die zügige Sanierung des erhaltenswerten Bestandes und die bauliche Entwicklung auf der Basis des § 34 BauGB ermöglicht werden, notwendige Maßnahmen sind über einen städtebaulichen Vertrag und einen Erschließungsvertrag abzusichern.
3. Werden von den Planungszielen gemäß Anlage 1 abweichende Entwicklungsabsichten erkennbar, so soll unverzüglich die Aufstellung eines Bebauungsplanes betrieben werden, der die beschriebenen Planungsziele sichert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

**zu 3.10 Bebauungsplan Nr. 36-2 "Leipziger Straße / Brauhausberg", Beschluss zur Änderung des räumlichen Geltungsbereichs und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 14/SVV/0181**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)

Frau Holtkamp erläutert anhand des B-Plan-Entwurfes die Integration des Sport- und Freizeitbades. Baubeginn ist für Dezember 2014 und die Fertigstellung für Oktober 2016 geplant. Sie informiert, dass die Fledermäuse im ehem. Brauereikeller dauerhaft unter Schutz gestellt sind. Am 11.03.2014 erfolgte die 1. Lesung im Bauausschuss und am 08.04.2014 die 2. Lesung. Der Neubau der M.-Planck-Str. wird 1 Meter nach Norden verschoben und der Zuschnitt geändert. Gleichfalls gibt es eine Änderung der textlichen Festsetzungen dazu.

Frau Hüneke merkt an, dass in der M.-Planck-Str. Wohnnutzung vorgesehen ist und sie spricht sich für den Erhalt des Baumbestandes aus. Sie stellt die Frage, warum die Grünzone in dem Baufeld so schmal ist.

Frau Holtkamp äußert, dass die WA 3 zur Abschirmung gegen Lärm in geschlossener Bauweise vorgesehen ist. Die öffentlichen Grünflächen haben gute Sichtbeziehungen, die schmale Stelle ist gut erleb- und erreichbar. Sie gibt zu Bedenken, dass die gedeckelten Kosten für den Badbau im Interesse der Stadtwerke und der Stadt sind.

Frau Hüneke gibt zu Bedenken, warum es einen städtebaulichen Wettbewerb gab und jetzt im B-Plan-Entwurf die Grünflächen nicht erlebbar und entsprechend dem städtebaulichen Wettbewerbsergebnis sind.

Herr Jäkel schließt sich der Meinung von Frau Hüneke an und sieht dieses Thema im Bauausschuss angebracht.

Herr Beck informiert, dass der Zuschnitt des Baufensters sich auch an den Eigentumsverhältnissen orientiert, so dass die Ergebnisse eines städtebaulichen Wettbewerbs nicht immer umsetzbar sind.

Frau Hüneke vertritt die Auffassung, dass die Vorlage auf Grund der Mängel bei Art und Maß der baulichen Nutzung sowie der geringen Breite der Grünfläche nicht beschließbar ist und daher vertagt werden muss.

Auf Vorschlag von Herrn Heuer verständigt sich der Ausschuss, dass eine 2. Lesung auch im KOUL-Ausschuss erfolgt und dass eine Gegenüberstellung städtebaulicher Wettbewerb und B-Plan-Entwurf erfolgen soll.

zu 3.11 Änderung der Fernwärmesatzung
Vorlage: 14/SVV/0158
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
HA

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.12 Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam
1. Stufe Zwischenbericht
Vorlage: 14/SVV/0084
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB

Herr Pfefferkorn stellt die 1. Zwischenergebnisse vor. Die LHP kann dies nicht allein bewerkstelligen, sondern bezieht den Landkreis, das Land und die DB-Netz-AG mit ein. Im 2. Halbjahr soll das Ergebnis der 1. Stufe vorliegen.

Herr Naumann kritisiert, dass das Vorgetragene zu wenig Informationen enthielt und eine Präzisierung gewünscht ist. Er regt einen Erfahrungsaustausch mit der Stadt Chemnitz an.

Herr Heuer stellt klar, dass Herr Pfefferkorn dem Antrag gerecht geworden ist. Er empfiehlt eine Fortsetzung der Prüfung.

Herr Schütt fragt nach, ob die Mitteilungsvorlage des Baus der Straßenbahn nach Stahnsdorf/Teltow realistisch ist und warum PM kein Interesse hat.

Herr Pfefferkorn betont, dass die Potentiale für den Bau realistisch sind. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ist ausschlaggebend und ob es gewollt ist, wird in der AG Verkehr geklärt.

Herr Jäkel informiert, dass der Bau auf Grund der Pendlerrelationen zwar technisch möglich und umsetzbar ist. Er gibt zu bedenken, ob man hier nicht einem Phantom nachjagt, weil das Land nicht gewillt ist, in den ÖPNV zu investieren. Es gibt auch Möglichkeiten den ÖPNV ohne viel Geld auf die Schiene zu verlagern.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen

zu 3.13 Kein Genmais in Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0176
CDU/ANW Fraktion

Frau Hüneke und Herr Heuer unterstützen den Antrag.

Herr Schmäh weist darauf hin, dass es für die LHP keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, falls das Saatgut zugelassen wird, ein Anbauverbot durchzusetzen. Es handelt sich bei diesem Antrag um eine freiwillige Absichtserklärung der Landwirte.

Herr Jäkel stellt 2 Fragen an die Verwaltung:

1. Sind die gentechnischen Versuche im Campus Golm gefährdet ?
2. Wie ist der Kenntnisstand zu den Umweltauswirkungen des Anbaus von Genmais 1507

Herr Schmäh antwortet:

Zu 1. Da es sich um freiwillige Absichtserklärungen von Landwirten handeln soll, ist niemand daran gebunden. Dies ist bekannt, aber nicht relevant.

Zu 2. Zur Zeit prüft die EU-Kommission noch die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Es wird davon ausgegangen, dass der Mais von der EU-Kommission zugelassen wird, wenn keine Gesundheitsschädlichkeit nachgewiesen ist.

Herr Kleinert äußert, dass sein Anliegen ist, die Wissenschaftler nicht einzuschränken, die Genmaisversuche im Campus Golm durchführen.

Herr Schütt äußert dazu, dass die wissenschaftlichen Versuche in Golm nützlich sind und man nicht weiß, inwieweit dort Genmais 1507 verwendet wird.

Frau Hüneke spricht sich dafür aus, dass Genmais nicht gebraucht wird, nicht gewollt ist und damit lokal zu begrenzen ist.

Herr Rietz informiert, dass ca. 80 % der Landwirte auf Genmaisbau verzichten würden, aber nicht namentlich genannt werden möchten.

Herr Schmäh gibt zu bedenken, dass nach dem Umweltinformationsgesetz Umweltdaten öffentlich zugänglich sind.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam spricht sich gegen den Anbau von Genmais 1507 auf ihrem Territorium aus. Um Potsdam als Genmais freies Territorium ausweisen zu können, ruft die Stadtverordnetenversammlung alle Landwirte, insbesondere die, die Flächen im Stadtgebiet Potsdam bewirtschaften, zu einem freiwilligen Anbauverzicht von Genmais auf. Dieser Anbauverzicht sollte schriftlich gegenüber der Stadtverwaltung, Bereich Umwelt und Natur, erklärt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information zur Feuerwehrstatistik 2013

FB Feuerwehr

Herr Hülsebeck informiert über die Feuerwehrstatistik 2013. Diese ist Anlage des Protokolls.

zu 4.2 Information - Arbeitsstand Novellierung der Baumschutzverordnung

FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Herr Beck berichtet über den Stand der Novellierung der Baumschutzverordnung:

Wichtigste zu diskutierende Änderungen:

- Erweiterung des Baumumfanges von 30 cm auf 60 cm für eine VO-Anwendung
 - Einschränkung des Geltungsbereiches auf das erforderliche Maß
 - Differenzierung zwischen Genehmigungen und Befreiungen
 - Differenzierte Ausgestaltung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
-
- Im Frühjahr 2014 liegt voraussichtlich ein verwaltungsintern abgestimmter Entwurf vor
 - Verabschiedung nicht vor der Kommunalwahl möglich
 - die Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände, interessierter Bürger und der Stadtverordnetenversammlung über die gesetzliche Beteiligungspflicht und zusätzliche Infoveranstaltungen wird gewährleistet
 - Ziel der neuen Verordnung ist die Sicherstellung des Baumschutzes auf der Basis einer rechtsicheren Rechtsgrundlage und einer vertretbaren Eigenverantwortung der Potsdamer Bürger

Herr Beck bietet an, nach dem Vorliegen des abgestimmten Entwurfes weitere Informationen im Ausschuss zu geben.

Frau Hüneke bedankt sich für die klare Information und begrüßt die Beteiligung der Naturschutzverbände. Sie regt an, den Baumschutz in B-Plänen besser von planerischer Seite und bei Straßenbaumaßnahmen zu berücksichtigen. Positiv sieht sie den Ersatz des gefälltten Baumes nicht nach Stückzahl sondern nach Baumwert. Insgesamt wird die frühzeitige Information der Verwaltung und der vorgeschlagene Verfahrensweg gelobt.

Herr Walter fragt nach, inwieweit der Verwaltung bisher Klagen gegen die Baumschutzverordnung vorliegen.

Herr Beck antwortet, dass in Potsdam keine Klagen existieren. Das jedoch die zeitgemäße Rechtsprechung und die Klagen gegen Satzungen/Verordnungen der Nachbargemeinden in der Novelle berücksichtigt werden.

Herr Jäkel fragt an, inwieweit eine öffentliche Aufklärung über die in den Medien falsch dargestellten Sachverhalte der Novelle realisiert werden.

Herr Beck weist darauf hin, dass zur Richtigstellung zeitnah seitens der Verwaltung eine Pressemitteilung über die Presse erfolgte.

Herr Jäkel betont nochmals, dass er nicht alles mittragen kann, was bisher in den

Medien bekannt gegeben wurde.

zu 5 Sonstiges

Herr Kleinert gibt in der nächsten Sitzung eine Information über die LEADER-Region.